Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig

»tt. 11	ambyegeven Annzig, den 10. Rovember	1937
Tag	In the Company of the	Geite
13. 10. 1937 22. 10. 1937	Rechtsverordnung betr. ein Berbot bes Berkaufs landwirtschaftlichen Inventars Bekanntmachung über den Geltungsbereich bes Ersten Abkommens zur Bereinheitlichung bes L privatrechts (Ratifikation burch Dänemark und Norwegen).	17

185

Rechtsverordnung

betr. ein Berbot bes Berkaufs landwirtschaftlichen Inventars. Bom 13. Ottober 1937.

Auf Grund des § 1 Jiff. 65 und 67 und des § 2 des Gesets zur Behebung der Not von Bolt und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273), sowie des Gesets zur Berlängerung dieses Gesets vom 5. Mai 1937 (G. Bl. S. 358 a) wird folgendes mit Gesetsekraft verordnet:

Artitel 1

\$ 1

- Soweit der Eigentümer eines landwirtschaftlichen Grundstücks zugleich Eigentümer des darauf befindlichen Inventars ist, darf er das Inventar in seiner Gesamtheit nur zusammen mit dem Grundstück veräußern. Einzelne Inventarstücke dürfen, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen, nur im Rahmen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft veräußert und vom Hose entsernt werden.

8 2

Der Borsikende des Siedlungsamtes kann auf Antrag Ausnahmen von dem Verbot des § 1 zu= lassen, wenn die besorderen Umstände des Einzelfalles dies erfordern.

8 3

Berträge, die entgegen dem Berbot des § 1 abgeschlossen werden, ohne daß eine Ausnahmegenehmigung des Borsitzenden des Siedlungsamts gemäß § 2 vorliegt, sind nichtig.

\$ 4

Ist das Inventar auf Grund eines nichtigen Vertrages bereits von dem Hof entfernt, so kann der Vorsikende des Siedlungsamts von dem Veräußerer und dem Erwerber die Wiederherstellung des früheren Zustandes und, soweit dies nicht möglich ist, die Anschaffung von Ersahstücken verlangen. Wird diesem Verlangen nicht binnen eines Monats entsprochen, so kann der Vorsikende des Siedelungsamts sowohl gegen den Veräußerer als auch gegen den Erwerber Ordnungsstrafen bis zur Höhe von 10000,— G festseken. Die Einziehung der Ordnungsstrafen erfolgt im Verwaltungszwangsversfahren.

Artifel II

Die Berordnung tritt mit dem Tage ihrer Berfundung in Rraft.

Danzig, den 13. Oktober 1937.

Der Senat der Freien Stadt Danzig Greiser Rettelsky 186

Bekanntmachung

über den Geltungsbereich des Ersten Abkommens zur Bereinheitlichung des Luftprivatrechts (Ratifikation durch Dänemark und Norwegen).

Bom 22. Oftober 1937.

Das am 12. Oktober 1929 in Warschau unterzeichnete Abkommen zur Bereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr nehst Zusahprotokoll vom gleichen Tage (G. Bl. 1935 S. 811) ist von Dänemark und Norwegen ratifiziert worden. Die Ratifikationsurkunden sind am 3. Juli 1937 in Warschau niedergelegt worden. Die Königlich-Dänische Regierung hat bei Niederlegung der Ratifikationsurkunde erklärt, daß sich die Ratifikation nicht auf Grönland bezieht.

Bon dem Borbehalt des Zusatprotokolls zum Artikel 2 des Abkommens haben Dänemark und Norwegen keinen Gebrauch gemacht. Gemäß seinem Artikel 37 Abs. 2 tritt das Abkommen für Dänemark und Norwegen mit dem 1. Oktober 1937 in Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. Juni 1937 (G. VI. S. 449).

Danzig, den 22. Oftober 1937.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

A III L 60 07 W X/37 Greiser Dr. Wiercinsti=Reiser

Auf Grund des § 1 Ziff, 65 und 67 und des § 2 des Gesehes zur Behebung der Not von Balt nd Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273), sowie des Gesehes zur Berlängerung diese Geehes vom 5. Wat 1937 (G. Bl. S. 358 a) wird solgendes mit Geseheskraft verordnet:

Artifel A

. Soweit der Eigentümer eines landwirtschaftlichen Grundstücks gegleich Eigentümer des darauf eindlichen Inventars ist, darf er das Inventar in seiner Gesamtheit nur zusammen mit dem Grundna verängern. Einzelne Inventarstücke dürfen, soweit nicht andere gesetzliche Bestimmungen entgegeneles wir im Valemen einer gedannsemöhigen Micklichaft veränkert und nom Hafe entsernt werden.

s & er Boriihende des Siedlungsamtes fann auf Antrag Ausnahmen von dem Berbot des S

Seriegge die entgegen dem Nerbat des S. 1. abgelchlossen werden, ohne dak eine Ausnahmege

gung des Borsitzenden des Siedlungsamts gemäß z vorliegt, sind nichtig.

If das Inventar auf Grund eines nichtigen Vertrages bereils von dem Hof entsernt, so kann der Vorithende des Siedlungsamts von dem Veräuherer und dem Erwerder die Wiederherstellung des kriberen Justandes und, soweit dies nicht möglich ist, die Anlchaffung von Ersahlüchen verlangen. Wird diesem Verlangen nicht binnen eines Monats entsprochen, so kann der Vorsihende des Siedlungsamts sowohl gegen den Veräuherer als auch gegen den Erwerber Ordnungsstrafen bis zur Hödde

samts sowon gegen ven verangeret als und gegen ven Erwervet Debnungstrufen vir zumaltungszwangsver 10000,— O festsehen. Die Einziehung der Ordnungsstrasen ersolgt im Berwaltungszwangsver en

Artifel II

Die Berordnung tritt mit dem Tage ihrer Verfündung in Rraft.

Einrüdungsgebühren betragen für die zweigespaltene Zeile ober beren Raum = 0,50 G. Belegblätter und einzelne Stude werben zu ben Selbstfosten berechnet.

Schriftleitung: Geschäftsstelle des Gesethlattes und Staatsanzeigers. — Drud von A. Schroth in Danzig.

Bezugsgebühren vierteljährlich a) für das Gesetblatt für die Freie Stadt Danzig Ausgabe A u. B je 3,75 G, b) für den Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig Teil I Ausgabe A u. B je 3,— G, c) für den Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig Teil II 3,75 G. Bestellungen haben bei der zuständigen Postanstalt zu erfolgen. Für Beamte (siehe Staatsanz. f. 1922, Nr. 87) Bezugspreis zu a) 2,25 G, zu b) 1,50 G.